

Frieden in der Ukraine: der einfache oder der harte Weg

Die Diplomatie bietet einen einfachen Weg zum Frieden. Wenn der Westen jedoch auf dem harten Weg beharrt, wird Russland diesen Weg ebenfalls beschreiten.



23. Oktober 2026 | Editorial

Es gibt einen einfachen Weg, das soziale Chaos, das Europa erfasst hat, sowie den Krieg in der Ukraine, der den Kontinent zu verschlingen droht, zu lindern. Es ist eine einfache Lösung – und sie besteht nicht darin, Selenskyj auf Kosten der europäischen Steuerzahler noch mehr weißes Pulver in die Nase zu stopfen.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen lediglich den Entschluss fassen, den Krieg gegen Russland nicht weiter anzuhizen, und diplomatische Gespräche mit Moskau aufnehmen, um eine allumfassende Sicherheitsarchitektur zu schaffen (wie Russland bereits im Dezember 2021 vorgeschlagen hatte). Das wiederum wird die europäischen Nationen vor einer untragbaren Verschuldung bewahren, die durch Militarismus und die Stützung einer Kleptokratie in Kiew verursacht wird, deren Marionettenführer offensichtlich aufgrund seiner Kokainsucht immer weiter verfällt.

In ganz Europa gleichen Städte mittlerweile Kriegsgebieten: Massenproteste, öffentliche Spannungen, brennende Gebäude, geplünderte Geschäfte, Bereitschaftspolizei, die mit Schlagstöcken gegen Menschenmengen vorgeht, und maskierte Mobs, die Amok laufen. Frankreich ist am stärksten von der Gewalt auf den Straßen betroffen, aber auch Italien, Belgien und andere Länder. In Spanien und Portugal verwandeln sich die Städte im Zuge von Protesten gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Zeltlager.

In diesen Unruhen verliert man leicht das eigentliche Problem aus den Augen. Die Menschen leiden massenhaft unter wirtschaftlicher Not. Warum können ihre individuellen und sozialen Bedürfnisse nicht effizient und effektiv befriedigt werden? Warum gibt es scheinbar kein Geld, um kaputte Gesellschaften wieder in Ordnung zu bringen?

Ironischerweise sollte der NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine Russland „strategisch besiegen“. Es stellt sich jedoch heraus, dass es die NATO-Achse ist, die vor einer historischen Niederlage steht. Das Chaos, das über Europa hereinbricht, ist ein Ausdruck dieses Scheiterns, angetrieben durch höhere Energiepreise und rücksichtslosen, nicht nachhaltigen Militarismus.

Somit geht der Frieden in der Ukraine Hand in Hand mit dem Frieden in Europa, und die Diplomatie würde diesen Prozess beschleunigen, um weitere Instabilität und weiteres Leid zu verhindern.

Doch Diplomatie ist unvereinbar mit Parteien, die eine krankhafte Russophobie an den Tag legen.

Diplomatisches Engagement bedeutet, pragmatische Interessen vor ideologische Vorurteile zu stellen. Das pragmatische Interesse aller sollte sicherlich darin bestehen, einen Schlussstrich unter diesen fast fünfjährigen Krieg zu ziehen, der Millionen von Opfern gefordert hat und das Risiko birgt, zu einem allgemeinen Krieg in Europa zu eskalieren.

Die Trump-Regierung scheint ihre Friedensbemühungen wieder aufzunehmen, indem sie diese Woche einen Gesandten des Präsidenten nach Russland entsendet. Der russische Präsident Wladimir Putin empfing den amerikanischen Gesandten Steve Witkoff in Sankt Petersburg herzlich. Es ist unvorstellbar, dass irgendein europäischer Politiker oder Gesandter zu dieser elementaren Höflichkeit fähig wäre. Putin bekräftigte, dass Russlands Tür für Verhandlungen offen sei.

Diplomatie kann schneller einen Weg zum Frieden ebnen, wie der international renommierte Professor Jeffrey Sachs diese Woche in einem äußerst vernünftigen [Vortrag](#) darlegte.

Zu den zentralen Punkten eines Friedensabkommens gehören:

- unteilbare Sicherheit für alle;
- der Status der dauerhaften Neutralität für die Ukraine;
- ein Waffenstillstand – nicht nur eine vorübergehende Feuerpause – auf der Grundlage der jetzigen Konfliktlinien und
- eine Erklärung der NATO, ihre Osterweiterung zu stoppen.

Der von Sachs vorgeschlagene Friedensrahmen ähnelt der Position Russlands. Er geht auf die Ursachen des Konflikts ein und beschränkt sich nicht nur auf dessen Symptome.

Professor Sachs weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um neue Grundsätze handelt. Sie wurden bereits in der Vergangenheit von den USA, ihren europäischen Verbündeten und der Ukraine anerkannt und vereinbart. In der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 akzeptierten die USA, die Sowjetunion und die europäischen Staaten den Grundsatz, dass Sicherheit kein Nullsummenspiel ist. Alle Staaten müssen ein wechselseitiges Recht auf Sicherheit haben.

Was die Frage der dauerhaften Neutralität der Ukraine betrifft, so wurde diese bei der Erlangung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Jahr 1991 in ihrer Verfassung verankert. Das Streben der Ukraine nach einer NATO-Mitgliedschaft hebt diesen Grundsatz auf. Es waren die USA unter

Präsident G. W. Bush, die 2008 mit der Bukarester Erklärung den Anstoß für das Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft gaben, was von Russland mit der Warnung zurückgewiesen wurde, dass dies unweigerlich zu einem Konflikt führen würde, wie die Geschichte beweist.

Sachs weist zudem darauf hin, dass die USA und ihre NATO-Verbündeten zu dem 1989 gegenüber der Sowjetunion abgegebenen Versprechen zurückkehren müssen, dass es keine Osterweiterung des Militärbündnisses geben werde. Es ist eine Frage des gesunden Menschenverstands, dass das Vordringen von NATO-Truppen an die Grenzen Russlands destabilisierend wirkt und eine Quelle von Konfrontationen darstellt. Die unaufhaltsame Expansion stellt einen Verstoß gegen den Grundsatz der unteilbaren Sicherheit dar. Würden die USA eine Situation akzeptieren, in der Mexiko russische oder chinesische Streitkräfte stationieren würde?

Was die Einstellung der Feindseligkeiten und die Festlegung der territorialen Grenzen angeht, so handelt es sich dabei um eine heikle Frage. Moskau macht geltend, dass es ein historisches Recht auf die Gebiete östlich und südlich des Dnjepr habe, darunter Sumy, Charkow, Cherson und Odessa, zusätzlich zum Donbass und natürlich zur Krim.

Es ist unrealistisch, dass die Ukraine die vollständige Rückgabe aller Gebiete fordert, die Russland seit 2022 (bzw. im Falle der Krim seit 2014) eingenommen hat. Aus russischer Sicht – und viele internationale Historiker würden dem zustimmen – war die Zusammensetzung der Ukraine nach 1991 ein Kunstgriff. Dabei wurden willkürlich Gebiete einbezogen, die historisch gesehen immer Teil Russlands waren. Diese Gebiete wurden der Ukrainischen Sowjetrepublik von sowjetischen Führern im Rahmen zweifelhafter Manöver zur demografischen Manipulation überlassen, bei denen die zuvor bestehenden kulturellen Verbindungen zu Russland nicht berücksichtigt wurden.

In jedem Fall ist ein Rahmen für eine dauerhafte friedliche Lösung machbar, wenn alle Seiten ehrliche Gespräche führen, die den historischen Hintergrund anerkennen.

Als US-Präsident Donald Trump im August 2025 in Anchorage Russlands Präsident Putin traf, schien die amerikanische Seite Russlands Sichtweise hinsichtlich der Bekämpfung der „Grundursachen“ zu akzeptieren. In der Folge gelang es Trump jedoch nicht, an das anzuknüpfen, was wie ein bahnbrechendes Treffen in Anchorage gewirkt hatte. Ein Teil des Problems bestand darin, dass die Europäer und das Kiewer Regime Trumps Initiative vereitelten und den Verhandlungen Steine in den Weg legten. Die europäischen Staats- und Regierungschefs bestanden auf einem vorübergehenden Waffenstillstand und NATO-Friedenstruppen und haben Russland weiterhin wie einen Paria behandelt.

Das internationale Umfeld hat sich so verändert, dass Trump nun entgegenkommender ist. Sein katastrophaler Krieg mit dem Iran hat die Kraftstoffpreise für die amerikanischen Verbraucher in die Höhe getrieben. Da die Zwischenwahlen nur noch wenige Wochen entfernt sind, braucht das Weiße Haus gute Nachrichten, um eine politische Niederlage der Republikaner zu verhindern.

Friedenshindernis Selensky

Trump hat vor zwei Wochen mit Putin eine Vereinbarung über Diesel-Lieferungen aus Russland getroffen, um die Belastung an der Zapfsäule für die amerikanischen Wähler zu mildern. Entscheidend dafür ist, dass die Ukraine ihre Luftangriffe auf russische Ölanlagen einstellt. Der korrupte

Marionettenpräsident in Kiew, Wolodymyr Selensky, trotz Trump mit unhöflichen Äußerungen und Drohungen, weiterhin russische Öltraffinerien und -depots anzugreifen.

Ein positiver Aspekt der Auseinandersetzung mit Selensky ist, dass Trump ihn als Hindernis für ein Friedensabkommen betrachtet. Trump kritisiert den ehemaligen ukrainischen Komiker nun offen und fordert einen neuen Präsidenten in diesem Land.

Der kokainsüchtige Selensky, mit seinen abscheulichen Kriegsgeschäften, hängt nur noch mit einem seidenen Faden an der Macht – und das auch nur dank der anhaltenden Unterstützung durch europäische Staats- und Regierungschefs. Diese elitären europäischen Politiker lassen sich von einer anti-russischen Ideologie und ihrer Unterwürfigkeit gegenüber der aussichtslosen geopolitischen Agenda leiten, Russland strategisch zu besiegen. Europa erlebt derzeit einen sozialen Umbruch, der an eine Revolution grenzt – ausgelöst durch die Folgen der explodierenden Lebenshaltungskosten, die wiederum eine Folge des NATO-Stellvertreterkriegs in der Ukraine sind.

***Doch die Eliten haben keine Möglichkeit, das Chaos zu bewältigen,
da sie selbst das Problem sind.***

Bei all seinen Fehlern – und davon gibt es viele – ist Trump zumindest bereit, sich auf Diplomatie einzulassen. Er ist nicht von Hass auf Russland belastet. Sein Verständnis für die Ursachen des Krieges mag begrenzt sein. Aber zumindest verfügt seine Regierung über die grundlegende Eigenschaft, Russland als gleichberechtigten Partner zu respektieren und sich die russische Sichtweise anzuhören. Das ist ein Mindestmaß für Verhandlungen und die Kunst des Möglichen.

Im Gegensatz dazu sind die europäischen Eliten und ihr Lieblingsregime in Kiew unfähig, jegliche Form von Diplomatie zu betreiben. Sie sind besessen von unerreichbaren und finsternen ideologischen Vorurteilen, die an Nazideutschland erinnern, sowie von der Überzeugung, dass Russen „Untermenschen“ seien, die es zu unterwerfen gelte. Sie haben keinerlei Respekt vor Russland und sind auch nicht in der Lage, eine intelligente, ehrliche Diskussion über die Ursachen des Konflikts zu führen.

Jeffrey Sachs vertritt die Ansicht, dass Trump den Krieg umgehend beenden und Frieden schaffen könnte, wenn er eine klare politische Erklärung abgeben würde, dass die USA zu einer Haltung zurückkehren, in der sie die unteilbare Sicherheit aller – einschließlich Russlands – respektieren, die dauerhafte Neutralität der Ukraine ohne Aussicht auf eine NATO-Mitgliedschaft akzeptieren und erklären, dass die NATO ihre Osterweiterung beendet. Ein rationaler Weg zum Frieden ist möglich.

Es wird lautstarke Verurteilungen seitens des Kiewer Regimes und seiner europäischen Förderer geben. Auch aus den Reihen des US-Establishments, das die europäische Ideologie der Dämonisierung und der Feindseligkeit gegenüber Russland teilt, wird lautstark Protest kommen. Trump könnte durch die Zwischenwahlen so geschwächt sein, dass es ihm politisch nicht möglich ist, eine solche politische Erklärung abzugeben.

So sei es. Russland wird weiterhin seine militärischen Ziele erreichen und seine rechtmäßigen Friedensbedingungen einfordern. Die Diplomatie bietet einen einfachen Weg zum Frieden. Sollte der Westen jedoch auf dem harten Weg bestehen, wird Russland auch diesen Weg beschreiten. Die Europäer und das Kiewer Regime werden mit ihrem eigenen Zusammenbruch einen noch höheren Preis zahlen.